priorisieren.

Der Fraktionschef der FDP, Claudio Zihlmann, lobte die bürgerliche Mehrheit. Sie habe nicht gekürzt, sondern lediglich das Wachstum gebremst, und Zihlmann schaute auch in die Zukunft: Nun brauche es eine Senkung der Unternehmenssteuern, denn Zürich sei für Firmen «eine Steuerhölle».

Grüne: Ein Voranschlag «aus dem Erdölzeitalter»

Das Gegenteil sagten die Co-Fraktionschefs der SP, Tobias Langenegger und Sibylle Marti. Der Rat gehe nonchalant mit den Investitionen um, da man den Boden für eine Firmensteuersenkung bereiten wolle. «Das ist ein Budget für Grosskonzerne und nicht für die KMU.»

Für Christa Stünzi (GLP) liegt ein grünliberales Budget vor, weil ihre Partei in den meisten Abstimmungen den Ausschlag gab.

Der grüne Fraktionschef Thomas Forrer rief in den Saal: «Das ist nicht unser Budget.» Umweltanliegen würden sekundär behandelt, es sei ein Budget aus dem Erdölzeitalter. Verantwortung werde mit der Investitionsblockade an die nächste Generation abgeschoben. Judith Stofer (AL) ärgerte sich über die «Sparwut der Bürgerlichen» und lehnte den «biederen, klima- und menschenfeindlichen Voranschlag» ab, wie ihre beiden linken Vorredner.

Für die Mitte-Fraktionschefin Marzena Kopp ist das Glas mit diesem Budget «mehr als halb voll». Die Kritiker aus der Linken würden übertreiben. Auch privat könne man nicht mehr ausgeben, als man zur Verfügung habe.

EVP-Fraktionschef Markus Schaaf kritisierte hauptsächlich die Kürzungen beim Personal. Er kündigte dann aber gleichwohl die Zustimmung der EVP an, «weil wir eine vernünftige Partei sind».

GLP-Sprecherin Christa Stünzi wandte sich schliesslich direkt an die «lieben Steuerzahlerinnen», für die sich ihre Partei besonders einsetze. Der GLP sei der Umgang mit den Ressourcen wichtig, das gelte auch fürs Geld. Stünzi sprach von einem grünliberalen Budget, weil ihre Partei in den meisten Abstimmungen den Ausschlag gegeben hat.

Druck für neue Mittelschule Affoltern am Albis

Viel zu reden gaben Bildungsprojekte, wie beispielsweise die Mittelschule für das Knonauer-amt. Dass es eine Schule braucht, ist aufgrund der steigenden Schülerzahlen unbestritten. Umstritten ist aber das Tempo der Realisierung zuerst des Provisoriums für 650 Schülerinnen und Schüler (bis 2028) und dann des definitiven Schulhauses für mehr als 1000 Jugendliche. Nun hat der Kantonsrat ein Zeichen gesetzt: Mit 89 zu 88 Stimmen hat er einen Antrag von Grünen, EVP und SP unterstützt, zumindest ab 2026 vorwärtszumachen mit der Planung des Provisoriums in Affoltern am Albis. Die Schülerzahlen seien sogar stärker gestiegen als prognostiziert, sagte Thomas Schweizer (Grüne). Adressiert an die Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP und machte nun nicht mit. Er hat mit 90:88 Stimmen dem Regierungsrat den Auftrag erteilt, normal weiterzuplanen.

Votum für Renaturierung von Limmat und Reppisch

Hauchdünn hat der Kantonsrat zwei Hochwasserschutzprojekte in der Planung gelassen. Die gross angelegte Revitalisierung der Limmat bei Schlieren und die Aufwertung der Unteren Reppisch in Dietikon sollen nicht auf der Zeitachse nach hinten verschoben werden. Die entsprechenden Erklärungen zum konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) wurden mit 89:88 Stimmen überwiesen. Dafür waren SP, GLP, Grüne, EVP und AL, dagegen SVP/EDU, FDP und Mitte.

Wer hat eine Chance auf eine Wohnung im Zürcher Koch-Areal?

Grossbauvorhaben Über 300 Genossenschaftswohnungen entstehen auf dem ehemals besetzten Gelände im Kreis 9.

Eine Webcam zeigt die sieben Baukräne, die momentan im Zürcher Koch-Areal stehen. Bis zu 200 Personen arbeiten täglich auf der Baustelle. Schon 2026 sollen die ersten Bewohnerinnen und Bewohner einziehen. Die Stadt Zürich hat das ehemals besetzte Areal von der UBS gekauft und entwickelt es jetzt gemeinsam mit Genossenschaften neu. Nur: Wer hat überhaupt eine Chance, eine Wohnung zu bekommen?

Diese Frage zu beantworten, ist nicht ganz einfach. Klar ist: Ein Drittel der Wohnungen wird subventioniert und ist Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen vorbehalten. Für die Vermietung aller Wohnungen sind zwei unterschiedliche Genossenschaften verantwortlich: die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ) und die Bau- und Wohngenossenschaft Kraftwerk 1. Sie haben in ihrem neusten Newsletter genauer über die Vermietungspraxis informiert.

Die Bau- und Wohngenossenschaft Kraftwerk 1 baut im neuen Koch-Quartier 123 Wohnungen für rund 450 Menschen: vom Studio bis zu Grosswohnungen mit bis zu 12 Zimmern.

Kraftwerk 1: Nur Mitglieder haben eine Chance

Öffentlich ausgeschrieben wird keine der Wohnungen. Wer sich bewerben möchte, muss bis Ende Jahr Mitglied der Genossenschaft werden. Im Unterschied zur ABZ ist dies auch ohne Mietvertrag möglich. Ein Mitgliedschaftsanteil kostet 500 Franken (die man beim Austritt wieder zurückbezahlt bekommt) plus 50 Franken Bearbeitungsgebühr. Wann genau der Vermietungsprozess beginnt, ist noch nicht definiert.

«Die Chance, eine Wohnung zu erhalten, ist leider sehr klein», schreibt die Genossenschaft auf Anfrage. Gut 4000 Mitglieder hat Kraftwerk 1, und nur 500 wohnen aktuell in einer der drei bestehenden Siedlungen. Seit bekannt sei, dass Kraftwerk 1 im Koch-Quartier baue, habe sich die Mitgliederzahl mehr als verdreifacht. Personen, die bereits jetzt in einer Kraftwerk-1-Wohnung lebten, hätten «nicht grundsätzlich» einen Vorteil bei der Neuvermietung im Koch-Areal.

Die ABZ baut 164 Wohnungen in einem Hochhaus und 40 Wohnungen in einem Zeilenbau für insgesamt mehr als 450 Menschen. Der Mix reicht von 2- bis 5,5-Zimmer-Wohnungen.

ABZ: Zufallsgenerator entscheidet

Der Vermietungsprozess der ABZ startet voraussichtlich im Herbst 2025. Bei der Vergabe der Wohnungen werden ABZ-Mitglieder bevorzugt. Mehr als 9000 Personen sind das zurzeit, die Mehrheit lebt in Wohnungen der Genossenschaft. Hohe Priorität hätten Mitglieder, die aus gesundheitlichen Gründen umziehen müssten oder in Wohnungen lebten, die unter- oder überbelegt seien. Jede Bewerbung werde individuell geprüft. Ohne triftigen Grund sei ein Wohnungswechsel bei der ABZ erst nach fünf Jahren möglich.

Gibt es Wohnungen, die nicht an Mitglieder vergeben werden, schreibt die ABZ diese öffentlich auf der Website aus. Wie viele das sein werden, kann die ABZ «nicht präzise vorhersagen». Ein Zufallsgenerator wählt schliesslich 15 Personen aus, welche die Wohnung besichtigen dürfen. Jemand erhält den Zuschlag.

Mitglied der ABZ kann derzeit nur werden, wer einen unbefristeten Mietvertrag erhält.

«Die ABZ ist in erster Linie ihren Mitgliedern verpflichtet», schreibt die Genossenschaft. Sie biete eine hohe Wohnsicherheit, auch bei Ersatzneubauten oder Sanierungen unbewohnter Häuser. «Wir würden sehr gern mehr Menschen zahlbaren Wohnraum in unserer Genossenschaft anbieten.» Leider würden die aktuellen Baulandpreise und die geringe Verfügbarkeit von Land wenig Gelegenheit für mehr Projekte bieten.

Kraftwerk 1 begründet die notwendige Mitgliedschaft in der Genossenschaft damit, dass neue Wohnprojekte «partizipativ entwickelt werden» und die Identifikation mit den «genossenschaftlichen Werten» wichtig sei. «Bewohnende übernehmen teils Aufgaben wie das Bespielen und Einrichten der Gemeinschaftsräume.»

Die Stadt Zürich beantwortet auf Anfrage nicht, wie viele Wohnungen im Koch-Areal öffentlich ausgeschrieben werden. Und auch nicht, ob sie die Vermietungsprozesse der Genossenschaften als fair erachtet.

Tim Wirth